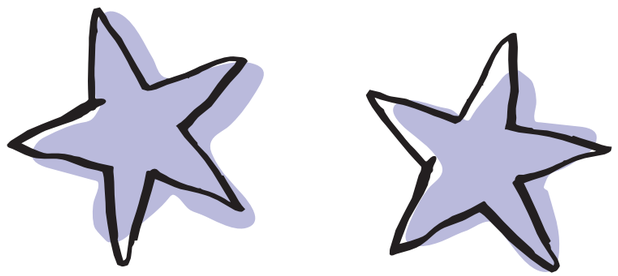
Europa in Bewegung – die Schweiz mittendrin



Die Schweiz bewegt sich nicht ausserhalb Europas, sondern mitten in seinen Widersprüchen. Während Grossmächte Regeln brechen, Märkte abschotten und demokratische Spielräume verengen, schrumpft der Alleingang zur Illusion. Wer heute souverän handeln will, braucht verbindliche Bündnisse – und den Mut, Europa nicht nur als Markt, sondern als politischen Raum zu begreifen.

Heute dominieren erneut wenige Grossmächte, zu denen sich auch China gesellt hat, das Weltgeschehen. Sie spielen sich aggressiv auf und nehmen kleinere Nationen und regionale Nationengruppen unter ihre Fittiche. Sie blockieren mit ihren Vetos im Sicherheitsrat die UNO. Sie greifen international gültige Regeln offen an oder unterlaufen sie, vom Pariser Klimaabkommen über den Menschenrechtsrat bis zum internationalen Strafgerichtshof.

Wer in dieser konfliktgeladenen Gemengelage glaubt, die Schweiz könne in Äquidistanz zu allen Lagern den Alleingang wählen, betreibt Selbstbetrug. Die Schweiz ist mit ihrer kleinen Volkswirtschaft viel zu abhängig von internationalem Austausch und Zusammenarbeit. Eigenständig war die Schweiz in ihrer Geschichte selten, sie hat sich vielmehr als Dienerin vieler Herren durchgewurstelt und ein Talent im Rosinenpicken entwickelt. Dies wird immer weniger akzeptiert, wie zum Beispiel das Ende des «Bankgeheimnisses» und der aktuelle Zollstreit zeigen.

Selbst gewichtigere Nationen wie Grossbritannien haben allein nicht genügend Spielraum zur isolierten Selbstbestimmung. Der Brexit ist unter dem Banner der Rückgewinnung der Souveränität losgetreten worden, aber stattdessen hat Grossbritannien an wirtschaftlicher und geopolitischer Kraft verloren.

Eine potenziell fortschrittliche Kraft

In dieser geopolitischen Lage kommt der Europäischen Union heute eine immer wichtigere Rolle zu. Nur sie kann die Kraft entwickeln, um sich der Dominanz der Grossmächte entgegenzustellen. Als drittgrösste Volkswirtschaft der Welt und mit ihren mehrheitlich demokratisch funktionierenden Ländern hätte sie genügend Gewicht für die Durchsetzung von fortschrittlicher Politik.

Dies ist auch die Erwartung der grossen Mehrheit der Bevölkerung, welche zur EU mehr Vertrauen hat als zur eigenen Regierung. Gemäss Eurobarometer 2026 beurteilen zwei Drittel der Bevölkerung die Mitgliedschaft ihrer Länder in der EU als positiv. Der wichtigste Vorteil wird im Beitrag zum Schutz des Friedens und der Sicherheit gesehen. 90 Prozent erwarten von der EU eine Förderung des internationalen Völkerrechts.

Doch wir wissen: Die EU ist derzeit in gefährlichen politischen Richtungskämpfen gefangen und kann die – eigentlich – geforderte Rolle oftmals nicht ausfüllen. Die Europawahlen 2024 haben rechtsradikale Parteien gestärkt. Die Europäische Volkspartei EVP, die grösste Fraktion im Parlament, bildet zwar in der EU-Kommission mit den Sozialdemokraten und Liberalen eine Mitte-links-Koalition. Doch gleichzeitig spannt sie mit den Rechtsradikalen zusammen, sei dies in der Asyl- oder on der Umweltpolitik. Auch die Vertreter:innen der grossen Multis lobbyieren in Brüssel für Rückschritte und Deregulierung. Dieses Kräftemessen zeigt sich in verschiedenen Bereichen:

- Dem *Lieferkettengesetz* konnte die Unternehmenslobby einige wichtige Zähne ziehen, die Anzahl unterstellter Unternehmen ist massiv reduziert. Das Gesetz bleibt aber immer noch um einiges schärfer als die Regelungen in der Schweiz.
- Im Bereich der *Arbeitspolitik* hat die Richtlinie für Mindestlöhne und Kollektiv-Verhandlungen die Arbeitnehmenden zweifellos gestärkt. In vielen Ländern erfolgt derzeit eine Umsetzung in die nationale Gesetzgebung. Gleiches gilt für die Regulierung der Plattformarbeit. Doch auch in der Arbeitspolitik verlangen Unternehmenslobbys Deregulierung. So sollen transnationale Unternehmen neu frei wählen können, welcher der 27 Arbeitsgesetzgebungen der Mitgliedsländer sie sich unterstellen wollen.
- Zum zweiten Mal seit Corona setzt die EU unter dem Titel «Made in Europe» zu *industriepolitischen Massnahmen* an. Sie will der protektionistischen Politik der USA begegnen und auf China antworten, das die Märkte mit subventionierten Produkten überschwemmt. Industriepolitik war bisher ein Tabu in der Schweiz, auch weil sie zu klein dafür ist. Es braucht nun ein Zusammengehen mit der EU, um einen nächsten Schub der Desindustrialisierung zu verhindern.
- Im Bereich der *Digital- und Datenpolitik* hat sich die EU bisher mit ihrem Datenschutz- und Steuerrecht den US-Tech-Oligarchen entgegengestellt. Periodisch müssen diese milliardenhohen Bussen und Steuernachzahlungen entrichten. Donald Trump verlangt die sofortige Abschaffung aller EU-Regeln, welche die «Publikations-Freiheit» der US-Unternehmen und ihre Profite schmälern. Die Schweiz dagegen bleibt im Windschatten und gewährt den Tech-Oligarchen Unterschlupf.
- In der *Klima- und Umweltpolitik* ist die EU auf dem Papier ehrgeiziger als die Schweiz. Zahlreiche Schlupflöcher und «Flexibilitäten» schmälern aber die Umsetzung. Auch der Ausstieg aus dem Verbrennermotor steht auf der Kippe.

All dies zeigt: Die EU ist ein wirtschaftlich und politisch relevanter Handlungsraum, in dem fortschrittliche Lösungen auch in Zukunft möglich sind. Solche Lösungen werden auf EU-Ebene von den gleichen Kräften bekämpft, die auch in der Schweiz die Umverteilung von unten nach oben und die Umweltkrisen befeuern. Klar ist: Isoliert in der Schweiz ist dagegen nicht anzukommen. Die Schweiz kann nur durch eine verbindliche Zusammenarbeit mit der EU «souverän» ihre eigene Politik und Gesetzgebung weiterentwickeln. Die Bilateralen III bieten dazu einen soliden Rahmen. Dies unter der Voraussetzung, dass das Schweizer Parlament eine ausgewogene Vorlage mit starken flankierenden Massnahmen zum Schutz der Arbeitnehmenden beschliesst. Gleichzeitig ist es für die fortschrittliche Politik wichtig, die Zusammenarbeit mit transeuropäischen Bewegungen und Bündnispartnern zu stärken.

Autor:innen

Andreas Rieger ist Gewerkschafter und war bis 2012 Co-Präsident der Unia. Er ist als Autor und Referent zu Fragen der Arbeitswelt und Gewerkschaftspolitik tätig.

Regula Rytz ist Historikerin und war bis 2020 Präsidentin der GRÜNEN Schweiz. Heute ist sie Präsidentin von Helvetas.

Gemeinnützig? Kommt drauf an.

Wer dem Liberalen Institut spendet, kann die Spende von den Steuern abziehen. Wer Denknetz unterstützt, kann das nicht.

Das Liberale Institut gilt als gemeinnützig. Denknetz nicht. Obwohl wir vor über zehn Jahren diesen Entscheid der Steuerbehörde angefochten haben – bis vors Verwaltungsgericht. Erfolglos.

Wer entscheidet eigentlich, was der Gesellschaft nützt? Und wer bekommt dafür politischen und finanziellen Spielraum?

Wir finden jedenfalls: Wer Wissen öffentlich zugänglich macht, gesellschaftliche Debatten organisiert und an Alternativen arbeitet, leistet einen Beitrag zum Gemeinwohl.

Gerade in einer Welt im Umbruch ist es nicht nebensächlich, wer solche Räume schaffen und finanzieren kann.

Deshalb nehmen wir die Sache wieder auf. Ihr hört von uns.